Benutzername Passwort

Passwort vergessen? Registrierung ANMFI DEN

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG





Sonntag, 22. August 2021

RNZ-Ticketshop | Jobportal | Immobilienmarkt | Kfz-Markt | Trauerportal

Heidelberg 28°C 🐣

POLITIK SPORT WIRTSCHAFT PANORAMA CORONA KLARO! WISSEN **KULTUR & TIPPS** RATGEBER VIDEO FOTOS SOMMERTOUR Regionalticker * Heidelberg * Region * Metropolregion * Mannheim * Bergstraße * Buchen * Eberbach * Mosbach * Sinsheim * Wiesloch *



Alle Krebsarten versichert

Persönliche Betreuung von medizinisch & psychologisch ausgebildeten Ansprechpartnern.

NÜRNBERGER Versicherung

Weitere Infos

DX











Betrügerische Inkasso-Schreiben in der Region im Umlauf

Die Opfer sollen Geld an ausländische Konten überweisen. Polizei und Verbraucherschützer warnen vor fingierten Forderungen.

Noch 10 Gratis-Artikel diesen Monat.

RNZonline Angebote

20.08.2021, 06:00 Uhr



Vorsicht vor falschen Inkasso-Schreiben: Derzeit versuchen Betrüger mit Briefen an Geld zu kommen. Polizei und Verbraucherschützer warnen vor der Masche, Foto: dpa

- Anzeige -



Must Haves für den Sommer

Jetzt unseren Schmuckstücke voller Kunst und Farbe entdecken



FREYWILLE

Jetzt einkaufen

- Anzeige -



FREYWILLE

Jetzt einkaufen

Meist gelesen | Zuletzt kommentiert | Neckar-Odenwald-Kreis. (pol/dpa) Flattert ein Schreiben von einem Inkasso-Unternehmen ins Haus, ist der Schreck bei vielen groß. Betroffene sollten sich die Briefe genau anschauen, denn derzeit kursieren falsche Inkassoschreiben vom vermeintlichen Unternehmen Köln-Euro-Inkasso-AG. Davor warnen Verbraucherschützer und die Polizei. "Nicht zahlen", rät die Verbraucherzentrale.

Die Masche ist bekannt: Schreiben - angereichert mit bedrohlichen Begriffen und Formulierungen wie "Zahlungsbefehl", "Genehmigung des Gerichtshofes", "gerichtliche Mahnbescheide" und "Pfändung" - landen

AUCH INTERESSANT

- Kaum schwere Delikte: In Osterburken lebt man recht sicher
- Neckar-Odenwald-Kreis: Telekom-Vertriebspartner mit teils dreisten Maschen
- Neckar-Odenwald-Kreis: Falsche Gerichtsvollzieher am Telefon

in den Briefkästen argloser Verbraucher. Begründet werden die Forderungen von meist mehreren Hundert Euro mit vermeintlichen Verträgen etwa mit der "Deutschen Gewinner Zentrale Lotto 6-49", so die Verbraucherschützer. Die angeblichen Glücksspiel-Abos wurden jedoch in Wirklichkeit niemals rechtskräftig abgeschlossen. Doch nicht nur das Abonnement ist hinfällig, auch das Unternehmen selbst ist eine reine Erfindung der Betrüger.

In den aktuellen Fällen liegt ein Überweisungsträger bei - und verrät, dass etwas nicht stimmt: Denn das Geld soll an ausländische Konten gezahlt werden. Das zeigen die Kürzel in der IBAN. Betroffene sollten sich also nicht verunsichern lassen und vor allem nicht zahlen, heißt es von den Verbraucherschützern. Stattdessen sollten sie sich an die Polizei wenden und Anzeige erstatten.

Wie die Betrüger an die Daten ihrer potenziellen Opfer kommen, ist nicht immer klar. Deshalb sollten Betroffene mittels Internetrecherche überprüfen, ob ihre Daten etwa auf Auskunftsseiten veröffentlicht wurden - und sich um eine Löschung kümmern.

Wer sich nicht sicher ist, ob es sich um ein Fake-Schreiben handelt oder eine echte Forderung von einem Inkassounternehmen, kann ebenfalls zunächst im Internet recherchieren. Verbraucherzentralen stellen Listen mit bekannten Fake-Inkassounternehmen sowie deren IBANs zur Verfügung. Außerdem halten sie online eine Übersicht darüber bereit, woran Verbraucher unseriöse Inkassoforderungen erkennen können.

Nach Angaben der Polizei haben sich in der Region zuletzt zahlreiche Bürger gemeldet, nachdem sie betrügerische Post erhalten hatten. Die vermeintlichen Inkasso-Unternehmen fordern zur Überweisung offener Forderungen auf griechische, polnische oder slowakische Konten auf. "Angeblich hätten sich die Empfänger der Schreiben im Vorfeld telefonisch bei einem Gewinnspiel bei Eurowin24, Euro Jackpot 6/49 oder Deutsche Gewinner Zentrale Lotto 6-49 angemeldet und daraus entstandene Kosten nicht beglichen", beschreiben die Ordnungshüter die Masche.

Die E-Post-Briefe, die als Absender die bereits genannte Köln-Euro-Inkasso-AG, EU-Forderungs-AG, Franz-HS-Forderungs-AG oder Ozcan-MA-Forderungs-AG (alle Theodor-Heuss-Ring 23, 50668 Köln) tragen, beinhalten nach Auskunft der Polizei etliche Form- und Rechtschreibfehler, anhand derer oftmals ein Betrugsversuch leicht erkennbar ist. Um ihrem gefälschten Schreiben einen Hauch von Seriosität zu verleihen, verwenden die Betrüger einfach das Logo des Bundes Deutsche Inkassounternehmen (BDIU). Der Bundesverband hat deshalb bereits Strafanzeigen erstattet.

Auf der zweiten Seite des Anschreibens versprechen die Verfasser außerdem mit einem Kündigungsformular konkrete Hilfe bei der Kündigung des falschen Abos. Die Verbraucherzentrale warnt davor, auf dieses unseriöse Angebot einzugehen: "In Wirklichkeit versucht der Anbieter damit nur, weitere Daten wie Telefonnummern, E-Mail-Adressen oder die Bankverbindung der Menschen abzugreifen."

"Es ist zu erwarten, dass auch weiterhin Haushalte derartige Schreiben mit Zahlungsaufforderung erhalten werden", warnt die Polizei. Die Beamten rechnen damit, dass die Betrüger möglicherweise neue Absender und andere ausländische Kontoverbindungsdaten angeben.

Der BDIU warnt zudem vor dem Absender "Federal Management", angeblich aus Dortmund, der mit englischer Firmierung auftritt. Keiner der Absender verfügt über die erforderliche Registrierung als Inkassodienstleister. Das lässt sich relativ einfach auf dem Onlineportal der Landesjustizverwaltungen überprüfen. "Das Wichtigste ist selbstverständlich: Man sollte keinesfalls die geforderten Summen überweisen", warnt der BDIU. "Dieses Geld sieht man nämlich nicht wieder." Der Verband selbst bringt jeden Fake-Inkasso-Fall zur Anzeige. "Es ist Aufgabe der Strafverfolgungsbehörden, die Täter, die hinter diesen Betrugsversuchen stecken, zu ermitteln und vor Gericht zu stellen", heißt es vom Bundesverband. "Aber leider sind viele Staatsanwaltschaften in der Sache untätig, teilweise ermitteln sie erst gar nicht. So haben die Betrüger ein leichtes Spiel, und die genötigten Verbraucher werden mit dem Problem alleingelassen."